

Osteuropa – wohin? Thesen

von Nikolai Genov, Sofia

Heute ist die Frage „Osteuropa – wohin?“ nicht weniger aktuell, als sie vor zehn Jahren war. Doch ist sie in anderer Hinsicht aktuell, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, man glaubt heute nicht mehr, daß es um einen kurzfristigen Wandel Osteuropas geht. Die Zeit der in der Region ablaufenden Transformationen wird heutzutage anders bestimmt, als die Zeit der am Anfang der neunziger Jahre erwarteten Transition. Jetzt wissen wir, daß die Bewältigung vieler Probleme der Transformation noch Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Zweitens, der Raum der geschichtlichen Ereignisse wird heute viel differenzierter interpretiert. Osteuropa ist seit langem keine monolithische Einheit mehr, wie es vielen noch vor zehn Jahren schien. Am Ende der neunziger Jahre weiß man, daß Osteuropa so unterschiedliche Gruppen von Staaten einschließt wie das postsozialistische Mitteleuropa und Südosteuropa, die baltischen Staaten oder auch die anderen europäischen Teile der früheren Sowjetunion. Im Rahmen dieser Gruppen hat jede Gesellschaft wiederum ein eigenes, ausgeprägtes Profil entwickelt.

Von einer anderen Seite her gesehen, ist man heute sehr darum bemüht, die Stellung Osteuropas in der aktuellen Globalisierung genauer zu bestimmen. Das Thema selbst war Anfang der neunziger Jahre bekannt. Viele Begriffe und Herangehensweisen in der Diskussion um die Globalisierung sind aber erst in den letzten Jahren eingeführt und intensiv verwendet worden.

Diese neue raum-zeitliche Bestimmung der Prozesse in Osteuropa wirft schwierige Fragen an die Sozialwissenschaften auf, weil im Laufe der Transformation viele Erkenntnislücken offensichtlich geworden sind. Die meisten von ihnen sind durch praktische Herausforderungen hervorgerufen worden, da nach der Wiedervereinigung Deutschlands, nach dem Zerfall der Sowjetunion und den Kriegen in Jugoslawien Europa und die Welt anders sind und anders regiert werden sollten.

Aus diesen vielfältigen Zusammenhängen ergeben sich Problemstellungen, Einsichten, Forschungsperspektiven und praktische Konsequenzen, die sich in sieben Thesen zusammenfassen lassen:

1. Globalisierung ist auch Komplexitätssteigerung

Man kann generell annehmen, daß die globalen Tendenzen zur Universalisierung und Homogenisierung der sozialen Verhältnisse und Prozesse führen. Die Entwicklung Osteuropas nach 1989 kann man als eine Anpassung an solche Tendenzen interpretieren. Die nationalen technologischen Standards in der Region werden mit den globalen Standards für Material- und Energieverbrauch der Produktion wie der Sicherheit und Qualität der Industrieerzeugnisse abgestimmt. Die Neugestaltung des nationalen Finanzwesens der Länder in der Region folgt den international akzeptierten Organisations- und Effizienzkriterien. Die verabschiedeten Verfassungen sind nach den universellen Prinzipien der individuellen Menschenrechte konzipiert. Die wertnormativen Systeme der Gesellschaften in der Region entwickeln sich zweifellos in Richtung eines weltbürgerlichen Universalismus. Kurz gesagt, die allgemeine Ausrichtung der osteuropäischen Transformation weist auf die Aufnahme von institutionellen Mustern wie Denk- und Verhaltensweisen hin, die in der sich herausbildenden Weltgesellschaft tonangebend sind.

Das ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die schnell ablaufende Ausdifferenzierung von Akteuren, Verhältnissen und Prozessen, in Osteuropa ebenso wie weltweit. Die Veränderungen sind jedoch in Osteuropa von weitreichender Bedeutung, da in der Region die Ausdifferenzierung von Wirtschaft, Politik und Kultur im Rahmen jeder dieser Handlungssphären jahrzehntelang künstlich verlangsamt oder gestoppt wurde. Bis in die späten achtziger Jahre hat man vergeblich versucht, die technologisch wie wirtschaftlich bedingte Komplexitätssteigerung mit den – in Durkheims Begriffen – Organisationsmitteln einer politisch oktroyierten mechanischen Solidarität zu meistern.

Die Wende nach 1989 hat die rasche Ausdifferenzierung von Handlungssphären, Lebensformen und Lebenschancen in Osteuropa in Gang gebracht. Die moderne organische Solidarität setzt sich durch. Der Transfer von universalisierten Institutionen verläuft allerdings spezifisch in jedem Land der Region. Allgemein ist nur die Erfahrung,

daß breite Schichten weder kognitiv noch praktisch in der Lage sind, diesen dynamischen Widerspruch von parallel verlaufender Homogenisierung und Komplexitätssteigerung zu meistern. Spannungen und Konflikte sind als Folge dieses zivilisatorischen Defizits vorprogrammiert. Die Überraschungen und Enttäuschungen sind unausweichlich. Ihre Intensität kann im Laufe der Transformation abnehmen. Sie steigt aber immer dann, wenn wirtschaftliche Krisen, politische, militärische, ethnische oder religiöse Konfrontationen akut werden. So kann die regionale Anpassung an die laufende Globalisierung sowohl eine bessere Abstimmung als auch eine Verstimmung von Interessen bedeuten. Wegen nationaler und regionaler Instabilitäten ist Osteuropa diesen Spannungen besonders stark ausgesetzt und wird es auch für absehbare Zeit bleiben. Durch die Integration der Region in die Weltgesellschaft wird eine höhere Stufe von Transparenz und Effizienz durch Homogenisierung erreicht. Zugleich kommt auch eine qualitativ neue Unübersichtlichkeit zustande, die vor allem durch die rasche Komplexitätssteigerung bedingt ist. Mit diesem Widerspruch müssen die Osteuropäer auch weiterhin leben und zudem Fähigkeiten entwickeln, ihn in den Griff zu bekommen.

2. Die neue Arbeitsteilung ist die alte Arbeitsteilung

Mit wenigen Ausnahmen – Teile Ostdeutschlands, der Tschechischen Republik oder Schlesiens – hat Osteuropa in der Neuzeit immer zur kontinentalen Peripherie gehört. In einem breiteren technologischen, wirtschaftlichen wie auch geopolitischen Kontext gehörte es – trotz der Rolle Rußlands in bedeutenden geschichtlichen Ereignissen – im besten Falle zur globalen Semi-Peripherie. Während der dreißiger Jahre in der Sowjetunion und nach dem Zweiten Weltkrieg in der gesamten Region wurden gewaltige Anstrengungen unternommen, durch beschleunigte Industrialisierung aus dieser untergeordneten Position herauszukommen. Der Anspruch war zunächst, zum zweiten wettbewerbsfähigen Kern der industriellen Zivilisation zu werden. Manchen schwebte auch die Idee vor, Osteuropa zum Leader in der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verwandeln und so den ideologischen, politischen wie militärischen Vorsprung der Region weltweit zu sichern.

Dieser Anspruch ist gescheitert. In den achtziger Jahren produzierte man vergleichbare Industrieerzeugnisse in Osteuropa mit einem drei bis sechs mal höheren Rohstoff- und Energieaufwand als in Westeuropa. Im Wettbewerb der Informatisierung der Produktion und der Dienstleistungen hat Osteuropa im Laufe der achtziger Jahre hoffnungslos verloren. Trotzdem glaubten viele Anfang der neunziger Jahre, daß die rasche Privatisierung von Industriebetrieben, Dienstleistungen und landwirtschaftlichem Eigentum schnell zum Transfer von Hochtechnologie nach Osteuropa führen würde. Man glaubte auch, daß sich auf diese Weise das technologische Gefälle zwischen den beiden Teilen des Kontinents

abbauen ließe. Doch auch diese Hoffnung wurde enttäuscht. Die Privatisierung hat zu einer raschen Deindustrialisierung überall in Osteuropa geführt. Die technologischen Innovationen haben sich in den meisten Fällen verlangsamt. Progressive Industriezweige wie die Elektronik sind fast überall in der Region unter den Verlierern der Transformation. Das liegt an der überstürzten Auflösung der osteuropäischen Integrationsmechanismen, am allgemeinen Rückgang der Binneninvestitionen, an der Vernachlässigung von Forschung und Entwicklung durch die jeweiligen Staaten, aber auch an der Politik ausländischer Konkurrenten.

Als Resultat befindet sich Osteuropa heute wieder dort, wo es früher war. Die Stellung der Region in der internationalen Arbeitsteilung hat sich gemäß der überlieferten Tradition verfestigt. Manche Gebiete werden wieder der „globalen Stadt“ mit ihrem Vorsprung in der technologischen Entwicklung und mit der hohen Qualität der Arbeitsplätze angehören. Die bei weitem breiteren Teile der Region werden aber wahrscheinlich ihre wenigen relativen Vorteile verlieren und sich dem „globalen Dorf“ der vor allem rohstoffproduzierenden Niedriglohnländer anschließen. Das hat weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung der sozialen Struktur und des Wohlstands, der Beschäftigung, Bildung, Wissenschaft und des Gesundheitswesens in diesen Teilen Osteuropas. Diese konflikträchtige Perspektive läßt sich vielleicht nur durch eine zielstrebige technologische, wirtschaftliche wie politische Integration des ganzen Kontinents vermeiden. Werden politischer Wille und Schaffenskraft in Europa ausreichen, um das unter den Bedingungen einer globalen Konkurrenz und divergierender nationaler Interessen zu leisten? Die Antwort kann nur positiv ausfallen, wenn man im Auge behält, daß die Länder Europas gemeinsame Interessen in der globalen Konkurrenz haben.

3. Die Kommerzialisierung kennt keine Grenzen

Der Anschluß Osteuropas an die schnell voranschreitende Globalisierung geht vor allem über die Finanzkanäle. Der Prozeß wird durch zwei Umstände erleichtert. Erstens, eine grenzenlose Kommerzialisierung aller Tätigkeiten, einschließlich der Bildung, Kultur und des Gesundheitswesens, verläuft in allen Ländern der Region. Zweitens, die wichtigste regulierende Macht in den meisten von ihnen sind die Anweisungen der internationalen finanziellen Institutionen – des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Sie haben die Hauptrichtung ihrer Aktivitäten auf die monetäre Stabilisierung ausgerichtet. Das erklärt sowohl die Erfolge in dieser Hinsicht als auch die vielen Schwierigkeiten, auf welche die Wiederherstellung der natürlichen Balance zwischen Produktion und Handel in den meisten Ländern der Region stößt.

Die Problematik der grenzenlosen Kommerzialisierung hat noch eine weitere Dimension: Denn alle osteuropäischen Länder sind, wenn auch in verschieden hohem Ausmaß, auf Auslandskredite angewiesen. Es kann nicht an-

ders sein, da ihre internen Kapazitäten, Kapital zu akkumulieren, recht begrenzt sind. Das eigentliche Problem mit diesen Krediten besteht darin, daß typischerweise ein Bruchteil von ihnen langfristige direkte Investitionen sind. Wie überall in der Welt besteht der größere Teil aus kurzfristiger Fluktuation des Finanzkapitals. Das Kapital verläßt ein Land in dem Moment, in dem die wirtschaftliche oder die politische Situation dort für die Erzielung schneller Gewinne nicht mehr vielversprechend ist.

Das ist ein universelles Problem der neuen globalen Unübersichtlichkeit und Unsicherheit der finanziellen Märkte, wie die Erfahrung aus Mexico (1994), Ostasien (1997), Rußland (1998) und Brasilien (1999) zeigt. Das eigentliche Problem besteht aber darin, daß die starken nationalen Wirtschaften und die starken multinationalen Konzerne durch diese Fluktuation der Kapitalmärkte weit weniger betroffen werden, als die kleinen, kapitalarmen und politisch instabilen nationalen Wirtschaften. Die meisten osteuropäischen Länder gehören zu dieser letzten Kategorie und werden bestimmt in absehbarer Zukunft ständig der Gefahr ausgesetzt sein, dem spekulativen Fließen von Kapital zum Opfer zu fallen. Die Alternative ist wiederum die weitreichende wirtschaftliche Integration des ganzen Kontinents, aber sie setzt die Stabilität der osteuropäischen nationalen Wirtschaften voraus. Das ist ein Dilemma, mit dem Osteuropa, aber auch Europa insgesamt, zu tun hat.

4. Der starke Staat ist der kleine Staat

Die radikale Erneuerung der osteuropäischen Gesellschaften besteht vor allem darin, ihre übermäßige Integration durch den Parteistaat zu brechen. Dadurch soll Wirtschaft und Kultur die Möglichkeit gegeben werden, eine eigene Dynamik zu entfalten. Im Laufe der Transformation hat man aber auch das andere Extrem überall in Osteuropa beobachtet. Wegen der einflußreichen Philosophie des Neoliberalismus oder wegen organisatorischer Schwächen hat sich der Staat überschnell von seinen institutionalisierten Verpflichtungen gegenüber der Wirtschaft, Wissenschaft, Technologieentwicklung, Bildung usw. distanziert. Dazu kam, daß für eine gewisse Periode der Staat der größte Eigentümer war, sich aber gleichzeitig von der Verwaltung und Kontrolle seines Eigentums zurückgezogen hatte. Das Resultat waren steigende Kriminalität und Schattenwirtschaft, die Desintegration von Forschung und Entwicklung, Verfallserscheinungen in der Bildung, im Gesundheitswesen und in den meisten anderen Handlungssphären.

Angesichts dieser schmerzhaften Erfahrung mußte man noch einmal lernen, was in den liberalen westlichen Gesellschaften eine Trivialität ist, nämlich die Notwendigkeit einer starken integrierenden Funktion des modernen Staates. Es geht also nicht darum, den Staat aus den nichtpolitischen Handlungssphären einfach zu verdrängen. Vielmehr geht es darum, die Methoden und Techniken der staatlichen Leitung der Gesellschaft an die neuen

Bedingungen der Privatisierung der Wirtschaft und der Pluralisierung der Kultur anzupassen. Eine solche rechtzeitige und gut konzipierte Anpassung ist existentiell wichtig, da die vieldimensionale Transformation der osteuropäischen Gesellschaften nicht anders als durch starkes staatliches Engagement rationell zu bewerkstelligen ist. Mehr noch, angesichts des noch auf lange Frist starken staatlichen Wirtschaftssektors, der hohen Arbeitslosigkeit und der weitreichenden Aufgaben des Staates in der Herstellung neuer internationaler Beziehungen der osteuropäischen Gesellschaften, kann die Rolle des Staates gar nicht vernachlässigt oder verdrängt werden. Die Aufgabe besteht bloß darin, den Staat „klein“ im Sinne „frei von übermäßigen Funktionen“, aber „stark“ im Sinne der organisatorischen Effizienz zu gestalten und aufrechtzuerhalten. Trotz der voranschreitenden Globalisierung zeigen die Staaten nirgendwo in der Welt eine Tendenz zum Absterben. Es wäre zuviel erwartet, daß gerade die osteuropäischen Staaten in dieser Hinsicht die Vorreiterrolle übernehmen. Im Gegenteil, auf die brennende Notwendigkeit, überall in Osteuropa das Vertrauen in die sozialen Institutionen wiederherzustellen, kann ein effektiv funktionierender Staat am besten antworten.

5. Die wertnormative Universalisierung hat Alternativen

Es ist eine starke Tendenz im modernen sozialen Wandel, die nationalen wie regionalen wertnormativen Systemen auf das entstehende globale wertnormative System zu beziehen. Seinen Kern bildet der Glaube an die universellen Menschenrechte. Die neuen Verfassungen und politischen Institutionen der osteuropäischen Staaten verkörpern diesen Wertewandel von staatlich gesichertem Gemeinwohl zu individueller Initiative und Verantwortung. Dadurch entstehen die Vision und der institutionelle Rahmen einer weiterführenden Homogenisierung der Werte und Normen einer künftigen Weltgesellschaft. Man könnte erwarten, daß sich gerade in Osteuropa dieser Prozeß schnell und erfolgreich entfalten wird, da er durch die frühere wirtschaftliche, politische wie kulturelle Abkapselung der Region künstlich gebremst worden ist.

Die Erfahrung aus dem letzten Jahrzehnt lehrt aber das Gegenteil. Zusammen mit der Entwicklung und Verfestigung der Werte und Normen, die auf der universellen Auffassung von Menschenrechten basieren, sind auch beträchtliche Abweichungen von diesen wertnormativen Prinzipien zustande gekommen. Die wichtigsten von ihnen sind mit dem Aufschwung des Nationalismus verbunden. Obwohl er in Osteuropa durch die offizielle Ideologie des Internationalismus nie vollkommen verdrängt werden konnte, wurde der Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg in der Region überwiegend – genauso wie in Westeuropa – als Überbleibsel des aussterbenden Traditionalismus angesehen. Besonders nach 1968 haben aber die meisten osteuropäischen Regime gezielt versucht,

eine wertnormative Integration ihrer Gesellschaften mit Hilfe von nationalistischen Ideen zu bewirken. Rumänien war das krassste Beispiel dieser Ideologie und Politik. Man konnte allerdings nur für eine gewisse Zeit die Formel ernstnehmen, daß der Nationalismus die letzte Nische der aussterbenden kommunistischen Ideologie und Praxis sei. Es geht in Wirklichkeit um eine fortdauernde wertnormative Verunsicherung, die durch die allgemeine Formel der universellen Menschenrechte offensichtlich nicht beseitigt werden kann. Besonders in den staatlich neu konsolidierten Nationen der früheren Sowjetunion und des früheren Jugoslawiens wird die Homogenisierung der wertnormativen Systeme auf der Basis der universellen Menschenrechte noch lange andauern, da der Nationalismus dort einflußreich ist und leicht politisch aktiviert werden kann.

Das gilt insbesondere deswegen, weil in der Region die Mobilität breiter Schichten nach unten in der sozialen Stratifikation fort dauert und ihre Position am unteren Rand der Stratifikationsskala verfestigt wird. Eine soziale Mobilität dieser Art stärkt die Bereitschaft, prekären Lebenslagen und Tendenzen mit partikularistischen Denk- und Handlungsweisen zu begegnen. Das öffnet den Weg für den Nationalismus, den politischen oder religiösen Extremismus als Alternativen zum weltbürgerlichen Universalismus. Es wird wahrscheinlich noch lange dauern, bis die Gesellschaften in Osteuropa mit dieser Gefahr des Extremismus oder mit der Gefahr der weitreichenden Abwertung von Werten und Normen fertig werden. Die einzig vielversprechende Perspektive ist eine Wirtschaft, in der sich die von Moral und Gesetz geleitete unternehmerische Initiative und Verantwortung lohnen und eine Politik, in der aktive Teilnahme einen Sinn hat. Diese Perspektive wird allerdings in breiten Teilen Osteuropas durch verschiedenste Umstände unmöglich gemacht oder in Frage gestellt.

6. Die Differenzierung von Lebenslagen und Lebenschancen geht weiter

Den Demonstranten, die 1989 in Leipzig, Bukarest oder anderswo auf die Straße gingen, schwebte ein gemeinsamer Gedanke vor: Die bestehende soziale Ordnung war ineffizient, weil sie ungerecht war. Und sie sollte geändert werden in Richtung einer meritokratischen Gesellschaftsordnung, in der jede Aktivität nach den realen Resultaten beurteilt und belohnt werden sollte.

Die Spitze der Argumente war das Verlangen, die Privilegien für Funktionäre des Parteistaates abzuschaffen. Mit ihrer Ausnutzung der zentralisierten politischen Macht, um sich wirtschaftliches oder kulturelles Kapital zu schaffen, sollte Schluß gemacht werden. Man argumentierte aber auch anders. Der ideologisch wie politisch eingeführte und aufrechterhaltene Egalitarismus sollte ebenfalls abgeschafft werden. Die Differenzen der Entlohnung sollten den Differenzen der Leistung entsprechen, die ohne Zweifel beträchtlich waren.

Es gab divergierende Vorstellungen darüber, wie Effizienz und Gerechtigkeit, wie also die erwünschte meritokratische Sozialordnung, hergestellt werden sollte. Das Zauberwort hieß allerdings eindeutig „Konkurrenz“, und zwar Herstellung von funktionierenden Konkurrenzverhältnissen überall im sozialen Leben – in der Wirtschaft, der Politik wie in der Kultur. Gerechte Gesellschaft sollte nicht mehr eine Gesellschaft heißen, in der der Staat starke Umverteilungsfunktionen übernimmt. Im Gegenteil – jedem Einzelnen sollte freier Raum für Initiative und Verantwortung zugesichert werden, jeder sollte nach seiner Leistung belohnt werden. Dies sollte das Leitprinzip der neuen, von Konkurrenz geleiteten Gerechtigkeit sein. So sollte die moderne Individualisierung ihre neuen moralischen Grundlagen und den neuen institutionellen Rahmen finden.

Es ging also um die Organisationsmuster der Leistungsgesellschaft, die seit langem bekannt und ausprobiert worden sind. Es ging später auch um Differenzen, die in der westlichen Welt geläufig sind, aber in Mittel- und Osteuropa neuentdeckt werden sollten. Es wurde allmählich klar, daß der Individualismus und Liberalismus des „amerikanischen Modells“ der Leistungsgesellschaft nicht unbedingt mit dem Etatismus und Egalitarismus des „schwedischen Modells“ identisch sind. Es wurde klar, daß es verschiedene Formen der meritokratischen Sozialordnung gibt, die verschiedene Formen von Effizienz und Gerechtigkeit in den entwickelten westeuropäischen und nordamerikanischen Leistungsgesellschaften prägen.

Das war nur die erste Portion der ernüchternden Erfahrung, die aus der Ferne kam. Die gesellschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa selbst hat immer wieder für neue, ernüchternde Erfahrungen gesorgt. Mit nur wenigen Ausnahmen ist die Zukunft der Gesellschaften in der Region noch offen für solche Erfahrungen, da sie immer noch mit intensiven Risiken beladen ist. In manchen von ihnen ist die Herausbildung von oligarchischen Strukturen klar erkennbar. Sie werden sehr wahrscheinlich eine soziale Differenzierung lateinamerikanischen Typs verfestigen. Eine neue soziale Ordnung, die sich auf lange Frist auf einer solchen sozialstrukturellen Basis aufbaut, kann aber kein gutes Vorzeichen für eine nachhaltige wirtschaftliche, politische, kulturelle wie ökologische Entwicklung sein, da sie Korruption, politischen Klientelismus und zivile Verantwortungslosigkeit fördert.

Auch eine andere Variante sozialer Differenzierung ist entstanden, die die einzelnen Länder in der Region immer klarer voneinander trennt. In manchen Fällen sind die spezifischen technologischen, politischen oder kulturellen Voraussetzungen der Transformation einzelner Länder dafür verantwortlich (*path dependence*). Dazu zählen auch spezifische nationale Entscheidungen, z.B. auf dem Gebiet der Privatisierung, die in den einzelnen Ländern verschieden verlaufen ist. Eine ganze Menge anderer Faktoren wie lokale und internationale Spannungen oder geostrategische Prioritäten einflußreicher Länder haben auch dafür gesorgt, daß die am Anfang der Trans-

formation in einer relativ homogenen Gruppe auftretenden Länder Mittel- und Osteuropas dies im internationalen Wettbewerb immer differenzierter tun. So sind manche Länder aus der Region dabei, sich dem Club der stabil funktionierenden europäischen Gesellschaften anzuschließen. Für andere gilt aber mehr das, was David Lane vor kurzem als *chaotic capitalism* bezeichnet hatte. Mit dieser Entwicklung eröffnet sich die Perspektive einer fortdauernden regionalen Instabilität. Sie läßt sich wahrscheinlich nur durch langfristig konzipierte Maßnahmen überwinden. Die Rolle der Europäischen Union kann in dieser Hinsicht entscheidend sein.

7. Die Zeit der Sozialwissenschaften

Die Sozialwissenschaften wurden mehrfach beschuldigt, daß sie den Zusammenbruch der osteuropäischen sozialen Ordnung von 1989 nicht vorausgesehen hätten. Das mag ihre Prognosefähigkeit in Frage stellen, allerdings nicht stärker, als die Prognosefähigkeit der Politiker, Journalisten oder der Geheimdienste. Sie alle waren mit ihren Prognosen Ende der achtziger Jahre nicht erfolgreicher. Es geht also um allgemeine kognitive Defizite, die ohne eine Entwicklung der Sozialwissenschaften nicht beseitigt werden können. Es geht darum, begriffliche Schemata weiter herauszuarbeiten, die imstande sind, systematische Erklärung und Prognose von Transformationsprozessen zu ermöglichen.

Unter den vielen paradigmatischen Gesichtspunkten, die dazu aktiviert werden können, sind sicherlich diejenigen vorzuziehen, die das Folgende zu leisten versprechen:

- Eine nachvollziehbare begriffliche Verbindung globaler, regionaler und lokaler (nationaler, subnationaler) Prozesse herauszuarbeiten;
- Diese Prozesse nach Ursprung, Verlauf und Auswirkungen mit den einzelnen Handlungssphären systematisch zu verknüpfen;
- Die Fähigkeit aufzuweisen, die Dynamik der Entstehung und des Handelns von Akteuren auf verschiedenen Strukturebenen der sozialen Wechselwirkung zu erklären und zu prognostizieren;
- Die Erforschung der historischen Raum-Zeitlichkeit von Transformationsprozessen mit Kapazitäten für theoretische Verallgemeinerung und Operationalisierbarkeit theoretischer Abstraktionen zu vereinen.

Die Verwirklichung dieses Programms zur Entwicklung der transformationsbezogenen Forschung in den Sozialwissenschaften setzt Interdisziplinarität, interparadigmatische Wechselbeziehungen und eine gezielte gegenseitige Befruchtung theoretischer wie empirischer Forschung voraus. Nur so läßt sich eine Sozialwissenschaft weiterentwickeln, die kognitiv vertretbar ist und im praktischen Handeln sich verwerten läßt.

Nikolai Genov ist Professor am Institut für Soziologie an der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia.

Christine Hüper

Unternehmenskauf in Rußland

Der Kauf von Unternehmensanteilen, Unternehmen und sonstigem Staatsvermögen im russischen Zivil- und Privatisierungsrecht

1998, 279 S., kart., 68,- DM, 496,- ÖS, 62,- SFr
ISBN 3-87061-634-2

Christian von Wistinghausen

Preisaufsicht mit Mitteln des Kartellrechts in der Russischen Föderation

1999, 211 S., kart., 48,- DM, 350,- ÖS, 44,50 SFr
ISBN 3-87061-765-9

Herwig Roggemann (Hrsg.)

Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas

Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern

1999, 1129 S., kart., 148,- DM, 1080,- ÖS, 132,- SFr
ISBN 3-87061-557-5

Herwig Roggemann

Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Einführung • Rechtsgrundlagen • Dokumente

Zweite, neubearb. und erw. Auflage 1998, 420 S., kart., 88,- DM, 642,- ÖS, 80,- SFr, ISBN 3-87061-531-1

Ergänzungsband:

Das Statut von Rom für den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof (ICC)

1998, 102 S., kart., 21,80 DM, 159,- ÖS, 20,- SFr
ISBN 3-87061-638-5

Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.)

Serbiens Weg in den Krieg

Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung

1998, 526 S., kart., 98,- DM, 715,- ÖS, 89,- SFr
ISBN 3-87061-694-6

Horst Fischer, Sascha Rolf Lüder (Hrsg.)

Völkerrechtliche Verbrechen vor dem Jugoslawien-Tribunal, nationalen Gerichten und dem Internationalen Strafgerichtshof

Beiträge zur Entwicklung einer effektiven internationalen Strafgerichtsbarkeit

1999, 442 S., kart., 79,- DM, 577,- ÖS, 72,- SFr
ISBN 3-87061-844-2



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0
E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de
Internet: <http://www.berlin-verlag.de>